

DISKUSSIONSRUNDE Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast in Aalen

Deutschland Sicherheitsgeber

Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, war am Freitag Gast des SPD-Stadtverbands. Ausführlich erörterte er die Veränderungen, die zum Paradigmenwechsel in der Verteidigungspolitik geführt haben.

VON WOLFGANG MAURER

AALEN ■ Das Thema „Friedensarmee Bundeswehr - ein Widerspruch?“ lockte nur ein Dutzend Interessierte, obwohl mit dem Nürtinger Bundestagsabgeordneten einer der versierten Kenner der Materie nach Aalen gekommen war. Arnold, wie Stadtverbandsvorsitzender Dr. Frank Haenschke betonte, plappere nicht wie der heimische Vertreter in Ber-

lin nur nach und vertrete seine eigene Meinung.

Die Abkehr der Bundeswehr von der reinen Landesverteidigung begründet Arnold zum einem in der Wiedervereinigung. Jetzt sei Deutschland vom „Sicherheitsnehmer zum Sicherheitsgeber“ geworden, mit allen Rechten und Pflichten. Hinzu komme die „asymmetrische Bedrohung“, die Privatisierung der Gewalt durch den Terrorismus. Dabei unterstreicht er die Einbindung in die Europäische Union, die hier noch im Aufbau sei, aber dennoch klare Grenzen ziehe und ihr Gewicht geltend machen müsse.

Ein elementarer Unterschied zu den USA: Die Ablehnung von präemptiver Handlungen, also Militärschläge, um mögliche Gefahren im Keim zu ersticken. „Waffen müssen ein Zeitfenster offen halten, wenn die Diplomatie ver-

sagt“, erklärte Arnold mehrfach. Der Bundestag, in Deutschland für den Einsatz der Bundeswehr verantwortlich, halte dabei entgegen anderer Behauptungen durchaus an Maßstäben fest, wie ethische Gründe, Aussicht auf Erfolg und Leistbarkeit für die Bundeswehr. Aber auch wirtschaftliche Interessen, die über Rohstoffsicherung hinaus gehe.

In der Frage nach dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren nannte Arnold das Vorgehen von Innenminister Wolfgang Schäuble „schäbig“. Dieser habe selbst eingeräumt, dass er seinen Vorstößen kaum eine Chance einräume. Über verfassungsrechtliche Vorbehalte hinaus sei die Bundeswehr für Ausgaben im Inneren nicht aufgestellt. Ziel Schäubles sei: „Wenn dann in Deutschland dann ein Anschlag passieren sollte, dann wird man mit Fingern auf uns zeigen.“